

tender Abteilungsleiter des ZK und Sekretär der Außenpolitischen Kommission beim Politbüro; Prof. Dr. Manfred Müller, Leiter der Abteilung Grundsatzfragen am Institut für Internationale Beziehungen Potsdam-Babelsberg; Dr. Günter Hillmann, Sektorleiter im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, und Karl-Heinz Wagner, Mitarbeiter der Abteilung IPW des ZK der SED;

von seiten der SPD: Egon Bahr, Vorsitzender des Unterausschusses für Abrüstung und Rüstungskontrolle im Deutschen Bundestag und Mitglied des Präsidiums der SPD; Karsten D. Voigt, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Chemische Abrüstung und Obmann der Arbeitsgruppe Außenpolitik der SPD-Bundestagsfraktion, Mitglied des Vorstandes der SPD-Fraktion des Bundestages und des Parteivorstandes der SPD; Erwin Horn, Mitglied des Vorstandes der SPD-Bundestagsfraktion; Hermann Scheer, Obmann der Arbeitsgruppe Abrüstung und Rüstungskontrolle der SPD-Bundestagsfraktion und Mitglied des Parteirates der SPD, sowie Uwe Stehr, Referent für Abrüstung und Rüstungskontrolle der SPD-Bundestagsfraktion.

Berlin, den 26. November 1987

**Grußtelegramm des Zentralkomitees der SED  
und des Staatsrates der DDR  
zum Internationalen Tag der Solidarität  
mit dem palästinensischen Volk**

Werter Genosse Arafat!

Aus Anlaß des »Internationalen Tages der Solidarität mit dem palästinensischen Volk« übermittle ich Ihnen, dem Exekutivkomitee der Palästinensischen Befreiungsorganisation und dem befreundeten palästinensischen Volk die herzlichen Grüße des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, des Staatsrates und des Volkes der Deutschen Demokratischen Republik.

Ich nutze diese Gelegenheit, Sie erneut der festen Freundschaft und der Solidarität des Volkes der Deutschen Demokratischen Republik mit dem gerechten Kampf des palästinensischen Volkes unter Führung der Palästinensischen Befreiungsorganisation zu versichern. Es ist unsere feste Überzeugung, daß das konsequente Zusammenwirken der Kräfte der Vernunft und des Realismus in allen Regionen der Erde Voraussetzung und Garantie zugleich für die Abwendung der Gefahr einer nuklearen Katastrophe sowie für die gerechte und friedliche Regelung von Konflikten ist.

Die Deutsche Demokratische Republik tritt wie die Palästinensische Befrei-